

Auszüge aus: Die USA ziehen sich (wieder) aus dem UN Menschenrechtsrat zurück

Richard Falk, richardfalk.wordpress.com, 24.06.18

Die USA haben sich aus dem UN-Menschenrechtsrat zurückgezogen – bis sich dieser nach ihrem Geschmack reformiert haben würde – und sich ausdrücklich auf eine angebliche anti-israelische Voreingenommenheit bezogen. Die einzige international glaubwürdige Grundlage für die Kritik am Menschenrechtsrat ist jedoch seine bedauerliche Tendenz, einige Länder mit der schlechtesten Menschenrechtsbilanz in Führungspositionen zu bringen, was ihre Glaubwürdigkeit in Frage stellt und zu Heuchelei führt.

Natürlich hätte ich erwartet, dass Botschafterin Nikki Haley von einer solchen Kritik absieht, da es Washington nur peinlich sein sollte, zuzugeben, dass viele seiner engsten Verbündeten im Nahen Osten und anderswo beklagenswerte Menschenrechtsverletzungen aufweisen, und bei fairer Beurteilung haben sich die USA selbst seit dem Jahr 2000 in die Kategorie der schwersten Menschenrechtsverletzer eingereiht. (...)

In ihrer feurigen Austrittsrede hatte sie die Dreistigkeit zu sagen, dass das erste Ziel der USA die „Verbesserung der Qualität der Ratsmitgliedschaft“ sei. Sie fügte hinzu, wenn ein sogenanntes Human Rights Council nicht bereit sei den massiven Missbrauch Venezuelas and Irans... verdiene der Rat seinen Namen nicht mehr. Ein solches politisch aufgeladenes Argument löst Verachtung aus, wenn man das ohrenbetäubende Schweigen Washingtons gegenüber Saudi-Arabien, Israel und Ägypten zur Kenntnis nimmt, um nur drei seiner Verbündeten aus dem Nahen Osten zu nennen. (...)

Die Tatsache, dass der Rückzug der USA aus dem Menschenrechtsrat unmittelbar nach dem Grenzmassaker Israels am Zaun zu Gaza stattfand, das durch ein Veto der USA im Sicherheitsrat abgeschottet war, trug sicher zu dieser Entscheidung bei. (...)

Es muss daran erinnert werden, dass die internationale Gemeinschaft eine besondere Verantwortung für Palästina trägt, die bis in die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg zurückverfolgt werden kann, als Großbritannien die Rolle der Mandatsmacht über Palästina übertragen wurde. Diese besondere Beziehung wurde erweitert und vertieft, als Großbritannien diese Rolle nach dem Zweiten Weltkrieg aufgab und der UNO die Verantwortung für die Zukunft Palästinas übertrug. Diese neu gegründete Weltorganisation erhielt die Aufgabe, eine nachhaltige Lösung für die umstrittenen Forderungen zwischen der palästinensischen Mehrheitsbevölkerung und der jüdischen Siedlerbevölkerung zu finden.

Die Rolle der UNO wurde im Schatten der Trauer und Schuldgefühle wegen des Holocausts stark beeinflusst. Die UNO schlug in Anlehnung an britische Kolonialpolitik eine Teilung Palästinas zwischen den jüdischen und palästinensischen Gemeinschaften vor, was im in der Resolution 181 der UNO-Generalversammlung von 1947 enthaltenen Teilungsplan zum Ausdruck kam. Dieser Plan wurde ohne die Beteiligung der damals mehrheitlich nichtjüdischen Bevölkerung entwickelt (70%) und verabschiedet und von den damals unabhängigen Ländern der arabischen Welt abgelehnt.

Ein solcher Plan wurde der sich entwickelnden antikolonialen Stimmung der Zeit nicht gerecht, da er das normative Leitprinzip der Selbstbestimmung nicht berücksichtigte. Der Teilungskrieg, der 1947 folgte, führte zu einer De-facto-Teilung Palästinas, die für das zionistische Projekt günstiger war als das, was in der Teilungsresolution 181 vorgeschlagen wurde und das und abgelehnt wurde. Ein Aspekt des ursprünglichen Plans war die Internationalisierung der Verwaltung von Jerusalem, wobei beide Völker den gleichen Status erhalten sollten.

Diese vorgeschlagene Regelung für Jerusalem wurde von Israel nie gebilligt. Sie wurde von Tel Aviv nach dem Krieg von 1967, als Israel (unter Verletzung des Völkerrechts) erklärte, Jerusalem sei die ewige

Hauptstadt des jüdischen Volkes, die niemals geteilt oder internationalisiert werden sollte, formell abgelehnt, und die Stadt wird seither unter Missachtung der UNO von Israel verwaltet.

Israels Missachtung des internationalen Rechts und der internationalen Institutionen ist allgegenwärtig und schwerwiegend

Dies zeigt deutlich, dass die internationale Gemeinschaft von Anfang an eine direkte Rolle spielte, ihre Verantwortung nicht zufriedenstellend wahrnahm und sich als unfähig erwies, die moralischen, rechtlichen und politischen Rechte der Palästinenser zu schützen. Infolgedessen wurde die Mehrheit des palästinensischen Volkes effektiv aus seinem eigenen Land ausgeschlossen, und als Volk existiert es in einer zersplitterten ethnischen Realität, die von Israels Apartheid-Regime aufrechterhalten wird.

Diese Serie von Ereignissen stellt eines der schlimmsten geopolitischen Verbrechen des vergangenen Jahrhunderts dar. Anstatt das Verhalten Israels zu sehr zu kritisieren, hat die UNO viel zu wenig getan, nicht hauptsächlich aus mangelndem Willen, sondern als Ausdruck des Prämissen der Geopolitik und des nackten Militarismus.

Der aufschlussreiche Tenor von Botschafter Haley auf den Rückzug der USA aus dem Menschenrechtsrat, schenkt quantitativen Faktoren wie der „unverhältnismäßigen“ Anzahl an Resolutionen im Vergleich zu denen anderer Menschenrechtsverletzer fast die gesamte Aufmerksamkeit und versucht erst gar nicht, die substantiellen Vorwürfe des israelischen Fehlverhaltens zu entkräften.

Dies ist keine Überraschung, da jeder Versuch, die israelische Politik und Praxis gegenüber dem palästinensischen Volk zu rechtfertigen, nur den Schweregrad des kriminellen israelischen Verhaltens und der davon betroffenen palästinensischen Bevölkerung aufdecken würde. (...)

Darüberhinaus ist es erwähnenswert, dass Israels Missachtung des internationalen Rechts und der internationalen Institutionen allgegenwärtig und schwerwiegend ist und direkt mit der Aufrechterhaltung eines repressiven Besatzungsregimes zusammenhängt, das durch Apartheidstrukturen ergänzt wird, der das palästinensische Volk als Ganzes, einschließlich der Flüchtlinge, der Bewohner Jerusalems, die palästinensische Minderheit in Israel und die gefangengehaltene Bevölkerung des Gazastreifens, zum Opfer fällt. (...)

Die Behauptung einer anti-israelischen Voreingenommenheit im Menschenrechtsrat, oder der UNO, ist betrügerische Ablenkungspolitik. Der tatsächliche Schwerpunkt sollte auf der täglichen Verletzung der grundlegendsten Rechte des palästinensischen Volkes liegen. Dies ist die tragische Realität, die die UNO nicht bewältigen konnte. Das ist alles, was wir wissen müssen.

Richard Falk ist Prof. für internationales Recht und internationale Beziehungen, und hat vierzig Jahre lang an der Princeton University gelehrt. 2008 ernannte der UN-Menschenrechtsrat (UNHRC) Falk für sechs Jahre zum Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für „die Situation der Menschenrechte in den palästinensischen Autonomiegebieten, die seit 1967 besetzt sind“.

(Der vollständige Artikel ist auf richardfalk.wordpress.com in Englisch zu finden)

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de